

Drei Landtagsabgeordnete: "Hilfe für Heye nicht in Frage stellen"

Gemeinsamer Brief mit Landrat an Landesregierung: Kein Zwangspfand auf Glas

Obernkirchen (wer). Für die drei Landtagsabgeordneten und den Landrat ist es glasklar: Die Novelle zur Verpackungsverordnung belastet die heimische Behälterglas-Industrie, kostet Arbeitsplätze. Deshalb haben sie gemeinsam einen Brief an die Landesregierung geschrieben - und dafür geworben, dass Niedersachsen am 26. September im Bundesrat "Nein" zur Novelle sagt.

Die Firma Heye-Glas hatte die Landtagsabgeordneten Ursula Helmhold (Grüne), Heiner Bartling (SPD), Joachim Runkel (CDU) und Landrat Heinz-Gerhard Schöttelndreier zuvor über die Folgen der ZwangspfandAusweitung aufgeklärt (wir berichteten).

Die Autoren des Briefes weisen darauf hin, dass in Schaumburg beim Fruchtsaft-Unternehmen Hartinger, BSN (Stoevesandt) und Heye Glas rund 1100 Menschen beschäftigt sind.

Die Landespolitiker und der Landrat geben sich überzeugt: "Die Niedersächsische Landesregierung wird es nicht zulassen, dass ihre Hilfsaktionen, die die Firma Heye Glas erfolgreich aus der Insolvenz geführt haben, durch Benachteiligung des Produktes Glas im Nachhinein in Frage gestellt werden." Die Landesregierung wird aufgefordert, durch ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat dafür zu sorgen, dass die drei zitierten Schaumburger Unternehmen durch die Verpackungsverordnung "keine ökonomisch relevanten Nachteile hinnehmen müssen".

Die Politiker schließen sich der Forderung von Heye an, wonach Verpackungen, die mindestens zu 80 Prozent hochwertig stofflich wiederverwertet werden, auch als ökologisch vorteilhaft einzustufen sind. Über einen solchen Passus in der Novelle könnte Glas vom Zwangspfand befreit werden. "Damit", so argumentieren die Unterzeichner, "würde den berechtigten Belangen der mittelständischen Glasfabrikation und deren Arbeitsplätzen Rechnung getragen, ohne die Zielrichtung und den Sinn der Verordnung aufzugeben."

Der Brief ist an Umweltminister Hans-Heinrich Sander, Wirtschaftsminister Walter Hirche und zur Kenntnis an Ministerpräsident Christian Wulff adressiert. Eine Antwort liegt bislang noch nicht vor.

Auf Verbandsebene regt sich ebenfalls Protest gegen die Zwangspfand-Ausweitung. Der Vorsitzende der Fachvereinigung Behälterglasindustrie, Arndt H. Ehrlich, geht davon aus, dass allein dem "Dosenpfand" 15 Prozent des deutschen Marktvolumens und damit etwa 1500 Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Der augenblickliche durch das Zwangspfand künstlich erzeugte Nachfrageüberhang für Mehrwegglas sei nur ein vorübergehendes Phänomen.

Zusätzlich belastet werde die Behälterglasindustrie durch die geplante Lkw-Mautgebühr, die die Transportkosten um 15 Prozent erhöhe, beklagte Ehrlich.